

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Christian Kligen

Abg. Florian Ritter

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Markus Plenk

Abg. Dr. Beate Merk

Abg. Kerstin Celina

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Alexander Hold

Abg. Manfred Ländner

Abg. Bernhard Pohl

Staatsministerin Melanie Huml

Staatsminister Joachim Herrmann

**Präsidentin Ilse Aigner:** Damit rufe ich **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE  
WÄHLER**

**"Gesellschaft in der Krise? Einigkeit statt Egoismus - Fakten statt Fakenews!"**

Sie kennen das Prozedere: Die Redezeit beträgt fünf respektive zehn Minuten, wenn jemand verzichtet. – Als Erster hat Herr Kollege Dr. Mehring das Wort.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gibt man in die Suchmaske des Bayerischen Landtags den Terminus "Corona" ein, wird man von über 1.000 Drucksachenummern erschlagen. Es gibt dazu 710 Anträge, 539 Anfragen und 20 Gesetzesinitiativen. Man kann daher sagen, dass sich unser Parlament in seiner Geschichte in vergleichbarer Zeit noch nie auch nur ähnlich intensiv mit ein und demselben Beratungsgegenstand befasst hat. Trotzdem gibt es dort draußen Menschen, die sich auch noch auf perverse Art und Weise in der Nachfolge von Anne Frank und Sophie Scholl fühlen, wenn sie den Menschen glauben machen, wir lebten in einer Art entparlamentarisierter Corona-Diktatur.

Wenn dieser Anschein jetzt auch aus der Mitte des Bayerischen Landtags heraus nach draußen transportiert werden soll, dann ist es nach Einschätzung unserer FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion dringend an der Zeit, dass wir nach all den berechtigten Debatten über die gesundheitspolitischen und ökonomischen Folgen dieser Pandemie auch einmal darüber miteinander diskutieren, was diese Pandemie mit unserer Gesellschaft macht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tun das heute auch, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem der Spaltpilz, den manche in unsere Gesellschaft treiben wollen, die Mitte unserer Gesellschaft allerdings Gott sei Dank noch nicht erreicht hat.

Die überwältigende Mehrheit des Teams Bayern macht mit, und Millionen von Menschen tun deutlich mehr als ihre Pflicht, damit unsere Heimat gut durch diese Krise kommt. Mehr als 80 % der Menschen stehen hinter dem Kurs der Bayerischen Staats-

regierung oder wünschen sich sogar noch schärfere Maßnahmen – sogar die Mehrheit der Anhänger der AfD. Gleichwohl glauben wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir durchaus einige Hausaufgaben zu machen haben, damit das auch in Zukunft so bleibt. Diesbezüglich will ich drei Vorschläge machen.

Meiner Einschätzung nach bedarf es erstens einer Kommunikationsoffensive. Wir als Politik müssen der überwältigenden Mehrheit der Menschen, die bereit ist, uns zuzuhören, die Gründe dafür, wie wir entscheiden, noch besser erklären. Zum Beispiel müssen wir klarlegen, dass die Gastronomiebetriebe in Bayern nicht deshalb geschlossen wurden, weil irgendein Politiker Zweifel an einem Hygienekonzept gehabt hätte, sondern weil wir die Kontakte um 75 % reduzieren müssen und die Schulen offen halten wollen. Das eine ist also der Preis für das andere.

Wir werden in dieser Kommunikation auch Partner aus der Mitte der Zivilgesellschaft brauchen, die uns dabei unterstützen, diejenigen zu erreichen, die der Politik den Rücken zugekehrt haben.

Ich will es einmal etwas zugespitzt sagen: Wir dürfen die öffentliche Meinungsbildung in diesen schwierigen Zeiten nicht veganen Fernsehköchen und Schlagersängern aus dem Dschungelcamp überlassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir schlagen zweitens eine Transparenzoffensive vor. Diese Transparenzoffensive schlagen wir in einer Zeit vor, in der der vorpolitische Raum aufgrund des Lockdowns vorübergehend ausgehebelt ist, in einer Zeit, in der Diskussionen nicht an den Stammtischen, in den Verbänden und in den Vereinen stattfinden können, wo es dann gewisse Korrektive gibt, in einer Zeit, in der die öffentliche Meinungsbildung ins Internet, in den digitalen Raum verlagert ist.

Wir müssen in einer konzertierten Offensive und Initiative Fake News dort durch Fakten ersetzen, wo sie entstehen, nämlich Online und im Internet. Anders formuliert: Wir

müssen die große Masse der vernünftigen Menschen in unserem Land argumentativ aufrüsten, um im Diskurs mit denjenigen bestehen zu können, die politisches Kapital aus dieser Krise schlagen wollen und die durch Desinformation als Rattenfänger Geschäfte mit Corona machen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Nach meiner festen Überzeugung brauchen wir drittens und letztens klare Kante gegenüber denjenigen, die einen Keil in unsere Gesellschaft treiben wollen. Ich meine damit nicht eine ganze Bewegung in der Summe und auch ausdrücklich nicht diejenigen, die Zweifel haben und die eine oder andere Maßnahme kritisch hinterfragen; das auf keinen Fall. Ich meine jedoch schon, dass derjenige, der ohne Maske, ohne Abstand und damit letztlich auch ohne Anstand demonstriert und sich dabei für einen Nachfolger von Sophie Scholl hält, von unserem Rechtsstaat klar und eindeutig über seinen Irrtum aufgeklärt werden muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine auch, dass das in gleicher Weise für Abgeordnete gilt, die glauben, Querulanten in die Herzkammer unserer Demokratie einschleppen zu müssen. Nach meiner festen Überzeugung ist das – ich sage das ganz deutlich – ein klarer Fall für den Verfassungsschutz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir müssen diesen Leuten klar sagen: Sie sind nicht das Volk! Wir müssen ihnen klar sagen, dass Demokratie nicht bedeutet, dass sich die große, geschlossene Mehrheit von einer lauten und erkenntnisresistenten Minderheit auf der Nase herumtanzen lassen muss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aus der Mitte dieses Hauses Egoismus durch Einigkeit ersetzen. Herr Kollege Fischbach, ich habe mich vorhin deshalb so geärgert, weil Ihre Vorgehensweise genau das torpediert. Wir müssen Fake News durch Fakten ersetzen. Wir müssen einen Beitrag dafür leisten, dass diese Gesellschaft nicht auseinanderdriftet, sondern zusammenhält, damit unsere gemeinsame

Heimat gut durch diese Krise kommt. Dafür wollen wir in der Aktuellen Stunde Raum geben und freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächster Redner spricht Herr Kollege Thomas Gehring für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER stellen mit ihrer Überschrift die Frage, ob unsere Gesellschaft in der Krise sei. Ja, wir haben eine Krise. Wir sind in einer Pandemie. Ein Virus breitet sich weltweit aus, jetzt im Herbst mit großer Schnelligkeit. Gegen dieses Virus gibt es keine Medikamente. Die Erkrankung nimmt einen schweren Verlauf. Intensivbetten werden knapp. Die Gefahr besteht, dass unsere Krankenhäuser schwerstkranken Menschen nicht mehr helfen können. Ja, das ist eine Krise. Wer diese Krise leugnet – diese Leugner sitzen auch hier im Parlament –, ist ignorant und unverantwortlich. Sein politisches Agieren schadet den Menschen, insbesondere denen, zu deren Schutz wir gewählt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber unsere Gesellschaft ist meines Erachtens nicht in der Krise. Nein, wir meistern in Deutschland diese Corona-Krise als politisches System, als Sozialstaat, der ebenfalls oft kritisiert wird, und als Gesellschaft ganz gut. Damit wir aber nicht von der Corona-Krise in eine gesellschaftliche Krise getrieben werden, müssen wir uns politisch auf die Stärken unserer Demokratie besinnen und schnell die offenkundigen Schwächen in unserem Sozialstaat, gerade auch hier in Bayern, beheben. Wir müssen auch die Chancen zur Veränderung sehen.

In der Pandemie gilt der Grundsatz: Abstand halten – Gemeinschaft stärken. Diese Gemeinschaft zu stärken, das ist unsere Aufgabe in der Politik und auch die Aufgabe der Staatsregierung. Ja, Herr Kollege Dr. Mehring, wir müssen wahrnehmen, was in

dieser Querdenker-Bewegung passiert. Ich bin immer wieder schockiert, wer da alles mitläuft. Ich wundere mich über die große Naivität vieler, die dort mitlaufen. Wir müssen schauen, wer hier instrumentalisiert und wer dahintersteckt. Wo sind die Rechts-extremisten, die QAnon-Leute, die Reichsbürger und die Antisemiten? Gerade wenn das Gift des Antisemitismus in die Agitation der Corona-Leugner eingeträufelt wird, ist es gut, wenn der Verfassungsschutz diese Drahtzieher beobachtet.

Wir brauchen auch eine klare Abgrenzung gegen die Spalter, die hier im Parlament auf der rechten Seite sitzen und sich aus durchsichtigen Gründen auf die Seite dieser Corona-Leugner geschlagen haben. Wir brauchen eine klare Kante, wenn sie die Regeln des parlamentarischen Umgangs bewusst brechen, wenn bewusst provoziert und im Parlament und außerhalb des Parlaments Personen angepöbelt und diskreditiert werden. Klare Kante gegen Rechtsaußen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es um den Zusammenhalt geht, dann ist die Stunde des Parlaments gekommen. Galt in der Anfangsphase der Pandemie noch der Satz von der Stunde der Exekutive, so ist nach acht Monaten die Stunde des Parlaments schon lange gekommen. Sie von der Mehrheit des Hauses, FREIE WÄHLER und CSU, Sie haben diese Stunde schon mehrmals verstreichen lassen, zum Beispiel als wir von der demokratischen Opposition Gesetzentwürfe vorgelegt haben. Das wäre die Stunde gewesen, in der sich die Mehrheit des Parlaments durch das Parlament selbst hätte in die Lage versetzen können, die Leitplanken einer Regierung Söder zu setzen. Sie haben gesagt, Sie seien nicht zuständig. Herr Dr. Mehring will jetzt mehr erklären.

Doch, Sie sind zuständig! Heribert Prantl schreibt in der "SZ":

Ein Parlament hat nicht nur legislative, sondern auch politpädagogische Aufgaben: Es kann, es soll die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen in den Versuch der Lösung der Probleme.

Ja, da geht es um Auseinandersetzungen. Da geht es um Geschäftsordnungsanträge. Herr Kollege Dr. Mehring, ich finde, bei diesen Geschäftsordnungsanträgen haben Sie den Stil überzogen. Das war nicht die richtige Art und Weise, wie man mit solchen Anträgen umgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um Auseinandersetzungen, und es geht um inhaltliche Konflikte. Hier ist der Ort dafür und nicht in den Talkshows, die den Parlamenten oft den Rang abgelaufen haben. Die Talkshows werden nach den Regeln des Infotainments besetzt und nicht danach, die Meinung des Volkes zu repräsentieren. Dafür sind wir gewählt. Wir müssen uns die Debatten von den Talkshows zurück in die Parlamente holen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Zusammenhalt stärken heißt, sich aktiv gegen Fake News zu stellen. Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit soll sich darum besonders kümmern. Ministerpräsident Söder hat dafür 15 Stellen versprochen; 5 sind es dann nur geworden. Die Landeszentrale ist dennoch sehr aktiv. Sie hat zum Beispiel eine App für Jugendliche entwickelt, die hilft, Fake News von Fakten zu unterscheiden. Es ist gut, dass wir in der Schule und bei den Jugendlichen etwas tun. Ich glaube aber, dass die jungen Leute oft weiter sind, als wir denken. Ich möchte lieber über die Erwachsenen reden; denn die haben vor allem ein Bildungsproblem. Hier sitzen die digitalen Analphabeten, hier in diesem Haus, aber auch draußen in der Gesellschaft. Man schüttelt den Kopf und ist entsetzt, was da alles in den sozialen Medien unterwegs ist und was da alles kritiklos geteilt wird. Das ist eine große Aufgabe für die Erwachsenenbildung, nicht als Bespaßung und nicht als paternalistisches Belehren, sondern als Ort, wo reflektiert, wo Kritik geübt und wo aufgeklärt wird.

Ich darf daran erinnern, dass hier aus diesem Parlament die fraktionsübergreifende Initiative kam, als es darum ging, den Trägern zu erlauben, die Volkshochschulen wieder aufzumachen, weil sie von der Staatsregierung in eine Reihe mit Bordellen und

anderen Freizeiteinrichtungen gestellt wurden. Die Staatsregierung hat damals nicht den Verfassungsauftrag dieser Einrichtungen gesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle müssen lernen, wissenschaftliche Informationen über die Natur und die Auswirkungen auf die Gesellschaft zu verstehen. Wir brauchen ein Update unserer naturwissenschaftlichen Bildung in Schule, Hochschule und Weiterbildung. Wir dürfen uns den naturwissenschaftlichen Diskurs nicht zerschießen lassen. Wir müssen uns vor die Virologinnen und Virologen stellen, die Großartiges leisten. Momentan ist die einzige medizinische Möglichkeit die Aufklärung und die Information der Bevölkerung. Wir müssen uns vor diese Menschen stellen, wenn sie angegriffen, diskreditiert oder beleidigt werden.

Unser Vorschlag war, eine Corona-Kommission zu gründen, in der Wissenschaft und Politik hier in diesem Hause an einem Tisch sitzen, wo miteinander gelernt und wissenschaftliche Entscheidungen für die Menschen nachvollziehbar gemacht werden können. Dieser Vorschlag wurde von Ihnen abgelehnt, auch von den FREIEN WÄHLERN.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Abstand halten – Zusammenhalt stärken. Vor allem eine starke öffentliche Hand hält unsere Gesellschaft zusammen. Dazu gehören freie Universitäten und eine freie Forschung in öffentlicher Hand, eine Forschung, die frei von ökonomischen Interessen ist. Ich bin froh, dass sich dazu gerade die Ordinarien der deutschen Universitäten und Vorsitzende von Instituten, die vom Bund und vom Land finanziert werden, äußern. Ihr Wort hat Gewicht. Das müssen wir uns erhalten. Wir brauchen eine öffentliche Wissenschaft und eine öffentliche Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen, also eine aufgeklärte Wissensvermittlung. Das ist für uns alle wichtig.

Ich frage mich schon, warum Sie ausgerechnet in diesen Zeiten als Staatsregierung eine Hochschulreform mit dem Leitbild einer unternehmerischen Universität präsentie-

ren, die das Ziel hat, Forschungsergebnisse schnell privatwirtschaftlich nutzbar zu machen. Das passt nicht in diese Zeit! Ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine starke öffentliche Hand brauchen wir auch für unsere Institutionen. Sehen wir uns einmal die Digitalisierung der Gesundheitsämter an. Sie sind momentan die wichtigsten Behörden. Dort geht es um die Nachverfolgung und die Aufdeckung von Hotspots. Da denkt man doch, deren IT müsste nach acht Monaten top sein. Nichts da! Da wird vor Ort immer noch mit selbstgebastelten Eigenkonstruktionen dilettiert. Da gibt es immer noch die Handakte. Bayern ist hier nicht Champions League, auch nicht Kreisklasse, nein, Bayern ist bei diesem Thema eine Altherrenmannschaft.

Ich frage mich übrigens nicht nur bei diesem Thema, was unsere Digitalministerin eigentlich macht. Gibt es sie überhaupt? Was tut sie? Nichts anderes gilt für die Personallage an den Gesundheitsämtern. Nur ein Beispiel: Lindau ist an mehreren Landesgrenzen gelegen und hat nur einen pensionierten Arzt mit einer Stelle von 35 % im Gesundheitsamt. Das ist die Lage unserer öffentlichen Hand, unserer öffentlichen Institutionen in Bayern.

Wer die öffentlichen Güter vernachlässigt – ich denke an die Fenster in den Schulen, die sich nicht öffnen lassen, an die öffentliche Gesundheitsfürsorge, an die überfüllten U-Bahnen, an die überfüllten Sozialämter, an die mangelhafte Digitalisierung an Schulen –, schadet dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Wort zum Thema Freiheit. Ja, wir haben schöne Freiheiten. Ich schätze zum Beispiel die Freiheit, abends in einer Kneipe ein Bier trinken zu können.

(Zuruf: Die gibt es nicht mehr!)

Ich wünsche diese Freiheit, die wir normalerweise haben, auch allen anderen in unserer Gesellschaft. Ich schätze auch die Freiheit von jenen, die anders sind. Ich schätze, dass sie nicht diskriminiert oder angepöbelt werden, wenn sie in die Kneipe gehen.

(Zuruf)

Diese Freiheit werden wir in kurzer Zeit wiederhaben. Wir werden sehr bald wieder unser Bier trinken. Ich werde es dann gern wieder trinken.

Es geht darum, die Freiheit der anderen zu schützen. Der größte Zustand an Unfreiheit, den ich mir gerade vorstellen kann, ist es, beatmet auf einer Intensivstation zu liegen. Diese Unfreiheit wollen wir uns allen ersparen. Deswegen halten wir zusammen. Stärken wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächster Redner spricht der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback für die CSU-Fraktion.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! "Querdenken 711" Stuttgart bezeichnet auf ihrer Homepage die polizeiliche Lageeinschätzung verschiedener Länderpolizeien als "Propaganda ganz nach dem Stasihandbuch, wie es unter 2.6.2 zitiert wird: Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung [...]". "Querdenken 911" Nürnberg fordert unter anderem eine "unabhängige Presse, welche nicht als Sprachrohr der Regierung fungiert."

Meine Damen und Herren, wir hatten in der vergangenen Woche eine kleine Demonstration vor unserer Bundeswahlkreis-Geschäftsstelle der CSU in Aschaffenburg. Auf einem Plakat, das mit Friedhofskerzen umstellt war, war eine Todesanzeige für unser Grundgesetz zu lesen. Manche stellen Bundeskanzlerin Merkel zuweilen mit Nazi-Symbolen als Diktatorin dar. Andere vergleichen den Ministerpräsidenten in dieser Weise. Manche tun so, als ob die Grundprinzipien unserer Verfassung, unsere Grundrechte abgeschafft wären, als ob wir in Deutschland eine Diktatur hätten.

Meine Damen und Herren, all das hat mit dem, was Streit in der Demokratie bedeutet, nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat eine ganz andere Qualität; denn neben dem leidenschaftlichen Streit in der Sache ist das Wesenselement unserer Demokratie die Einigkeit im Grundsätzlichen. Meine Damen und Herren, das Grundgesetz ist natürlich das rechtliche Fundament unseres Staates, aber ziehen Sie zum Beispiel den Historiker Golo Mann heran, der in seiner "Deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts" ganz zu Anfang etwa so formuliert: Letztlich sind es nicht die Verfassungen, die Staaten, die Demokratien günstig oder ungünstig wirken lassen, sondern es sind die handelnden Menschen. – Das sind wir alle.

Wenn wir auf die DNA unserer Demokratie schauen und wenn wir uns fragen, was eigentlich das Wesen unseres Staates und unserer Demokratie ist, dann ist die Antwort geprägt durch das Verständnis der französischen Willensnation. Die Formulierung, die der Franzose Ernest Renan schon im 19. Jahrhundert dafür gefunden hat, was Nation als Bezeichnung für den demokratischen Verfassungsstaat bedeutet, ist immer noch gültig. Er hat gefragt: "Qu'est-ce qu'une nation ?" In die heutige Sprache übersetzt lautet das: Was ist der demokratische Staat? – Die Antwort ist ganz einfach. "Un plébiscite de tous les jours," eine Volksabstimmung, die sich täglich im Unterbewussten des Staates in dem Willen vollzieht, als Nation, als demokratischer Staat bei allen Kontroversen, die einen demokratischen Staat prägen, gemeinsam zu agieren. Dieses Verständnis ist übrigens vom Bundesverfassungsgericht in sein Verständnis von Demokratie aufgenommen worden.

Das Beispiel, das der Kollege Mehring nannte, dass nämlich eine Elfjährige auf einer Demonstration für eine Ideologie instrumentalisiert wurde, ist abstoßend. Das Fatale ist, dass es dabei und bei den Beispielen, die ich am Anfang genannt habe, nicht um Auseinandersetzungen in der Sache geht, sondern darum, den Grundkonsens unserer

Gesellschaft anzugreifen. Hier geht es darum, die Basis, auf der wir als Staat gemeinsam agieren, als freiheitlicher Staat, als demokratischer Staat, als Rechtsstaat, anzugreifen. Wir haben es bei der Geschäftsordnungsdebatte schon vernommen. In diese Richtung gingen auch schon manche Äußerungen von Herrn Hahn. Meine Damen und Herren, das ist etwas, was nicht nebensächlich ist. Das ist ernst.

Herr Kollege Fischbach, ich glaube schon, dass das Thema der FREIEN WÄHLER die Gesellschaft umtreibt. Diese Spaltung in der Gesellschaft wird wahrgenommen, und deshalb ist das Thema für die heutige Aktuelle Stunde gut gewählt; denn wir müssen uns darum bemühen, diesen gesellschaftlichen Grundkonsens wieder stärker deutlich zu machen. Wir erleben in unseren Diskussionen, dass die große Mehrheit in unserer Gesellschaft ohne Zweifel noch bei uns ist. Immer mehr Menschen wenden sich im Moment aber von diesem gesellschaftlichen Grundkonsens ab, weil sie nämlich die Struktur, die Grundverfasstheit unseres Staates, die faktische Verfasstheit als Demokratie, das Funktionieren unseres Staates und unserer Institutionen infrage stellen und sich dabei in irgendwelchen Käseglocken so abschotten, dass sie sich von Argumenten gar nicht mehr erreichen lassen. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier achtsam sind.

Meine Damen und Herren, etwas Ähnliches passiert im Augenblick in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dort wird ein Grundvorgang der Demokratie ohne substantielle Gründe infrage gestellt. Die Wahlen werden infrage gestellt. Wenn so etwas passiert, dann ist das ein ganz grundsätzliches Problem, eine ganz grundsätzliche Fragestellung, die eine Demokratie erfährt. Genau das Gleiche machen diejenigen, die sich unter dem Motto von "Querdenken 711" oder 911 auf den Weg machen. Deshalb ist es auch wichtig, dass die demokratischen Institutionen einen Blick darauf haben, dass der Verfassungsschutz in diesem Bereich wachsam ist; denn es geht hier um einen Angriff auf die Grundsubstanz unseres Staates. Noch wichtiger ist, dass wir in den Debatten versuchen, diejenigen, die sich hier auf falsche Wege bringen lassen, die sich

verführen lassen, in unsere demokratische Debattenkultur zurückzuholen, auch wenn das schwer ist.

Meine Damen und Herren, lieber Kollege Gehring, lassen Sie uns heftig streiten über die Hochschulreform. Lassen Sie uns streiten über die Struktur des öffentlichen Gesundheitswesens. Lassen Sie uns meinetwegen auch über die Frage der Maskenpflicht oder den Lockdown in der Gastronomie streiten. Lassen Sie uns dabei aber eines nicht vergessen: Lassen Sie uns die Einigkeit, derer ich mir bei den demokratischen Fraktionen dieses Hauses ganz sicher bin, bewahren und verteidigen; denn das ist nichts Banales oder Nebensächliches. Es ist auch keine Kleinigkeit, wenn bei Demonstrationen beispielsweise eine Elfjährige einen Kindergeburtstag feiert unter Verletzung von Corona-Regeln, die demokratische Parlamente über gesetzliche Vorgaben auf den Weg gebracht haben und die von der Exekutive umgesetzt werden. Wenn das Mädchen im Verstoß gegen diese Regeln ihren Kindergeburtstag feiert, deshalb von ihren Eltern angehalten wird, leise zu spielen, und das dann mit dem Schicksal eines Mädchens verglichen wird, das auf bestialische Weise Opfer des Nazi-Regimes wurde, ist das nichts Banales. Dass eine Elfjährige allein auf so einen Gedanken kommt, können Sie mir als Vater von drei Kindern nicht erzählen. Das zeigt doch, wie wichtig es ist, dass wir uns auf den Weg machen und versuchen, die Leute wieder zu einer vernünftigen Basis der Debatte zurückzuholen. Alles andere schadet unserer Gesellschaft und unserem Staat.

Herr Kollege Gehring, wir können uns noch gerne intensiv an anderer Stelle über die Hochschulreform und die Frage auseinandersetzen, wie das Humboldt'sche Prinzip, das auch für eine demokratische Gesellschaft wichtig ist, in den Universitäten gestärkt werden kann. Lassen Sie uns aber bei grundsätzlichen Fragen, die wir heute diskutieren, wirklich achtsam sein. Lassen Sie uns das ernst nehmen; denn es ist ernst und sollte uns alle beschäftigen. Deshalb vielen Dank an Herrn Kollegen Mehring und die FREIEN WÄHLER für dieses Thema. Es ist hochaktuell und gehört deshalb hierher.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich erteile dem Kollegen Christian Klingen für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Christian Klingen (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! "Gesellschaft in der Krise? Einigkeit statt Egoismus – Fakten statt Fake News!" – Was für ein wundervolles Thema, das wir unseren geschätzten Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER verdanken. Doch wie hat sich das Fragezeichen in den Titel der Aktuellen Stunde verirrt? Wird die Krise in der Gesellschaft tatsächlich noch infrage gestellt? – Zum Glück liefern die FREIEN WÄHLER sogleich die Lösung für die Krise: Einigkeit statt Egoismus – ein eindrucksvolles Beispiel für ein typisch, subtil bösertiges Framing, das den öffentlichen Diskurs mittlerweile überall dominiert. Es suggeriert, dass diejenigen die Einigkeit der Gesellschaft gefährden, die kritische Fragen stellen und der Obrigkeit die Hörigkeit verweigern, weil sie stattdessen ihrem vermeintlichen Egoismus frönen. Egoismus bedeutet heutzutage scheinbar, auf seinen Grundrechten zu beharren.

Sie von den FREIEN WÄHLERN sind in der Koalitionsregierung zu den freien Quälern mutiert. Sie sind zu den Quälern der Bürger und des Mittelstands mutiert, also derjenigen, die Sie gewählt haben und dieses Land am Laufen halten.

(Zuruf)

Damit sind Sie im Reigen der Politiker, der Konsens- und Einheitsparteien angekommen, die von gewissenlosen Helfern der Staatsmedien und der Propagandapresse unterstützt werden, die die Gesellschaft spalten, die unliebsame Meinungen ausgrenzen und am liebsten kriminalisieren würden, die Bürger sozial ächten und diskreditieren, weil diese dem immer drastischer um sich greifenden Verbots- und Bevormundungswahn nicht auch noch applaudieren. Nur diejenigen werden als Egoisten diffamiert, die sich nicht in den vorgegebenen Meinungskorridor pressen lassen, sondern ihre eigenen, bisweilen unbequemen Ansichten vertreten, beispielsweise wer es wagt, die

Maßnahmen des Lockdowns als unverhältnismäßig und irrational zu kritisieren. Eine andere Begrifflichkeit fällt mir dazu allerdings auch nicht ein.

Friseursalons dürfen weiterhin öffnen, Pediküresalons nicht. Kindergeburtstagsfeiern sind verboten, im Schulbus sitzen die Kinder aber dicht beieinander. Davon ist erst heute wieder in der FAZ zu lesen. Drei Personen dürfen zusammen arbeiten, sich aber abends nicht einmal in der eigenen Wohnung auf ein Bier treffen. Stattdessen dürfen sie sich zweimal täglich mit Dutzenden Fremden in Bus, U-Bahn und Zug zusammenpferchen lassen. Man entlässt Restaurants, Fitnessstudios und die Unterhaltungsbranche nach aufwendigen Hygienekonzepten, die man ihnen aufs Auge gedrückt hat, jetzt kaltschnäuzig in die Insolvenz. Wer sind hier die Egoisten, meine Damen und Herren? Wer zerstört den Wohlstand in diesem Land? Wer bringt die Menschen um ihre Existenz? – Einigkeit sucht man hier vergebens.

Restaurants, Kinos und Fitnessstudios sind bisher nicht als Infektionshotspots in der Corona-Krise aufgefallen. Ich beziehe mich dabei auf eine aktuelle Mitteilung der Helios-Kliniken, von Europas größtem privaten Krankenhausbetreiber. Das Management hat sich entschieden, täglich aktuelle Zahlen zur Intensivauslastung seiner 89 deutschen Kliniken zu veröffentlichen. Gestern, am 23. November 2020, lag die Zahl der Patienten, die mit COVID-19 auf einer Intensivstation betreut wurden, bei 242. Das sind zwischen zwei und drei Patienten pro Klinik.

(Zuruf)

Dafür werden weite Teile des Mittelstands in den Ruin getrieben. Das sind die Fakten in einem täglich größer werdenden Durcheinander von Fake News, das den eingeschüchterten Angstbürgern um die Ohren gehauen wird.

(Zuruf)

Dabei spielen unsere Medien eine teils unrühmliche Rolle. Sie sind es, die ihrem Auftrag, ausgewogen und neutral zu berichten, oftmals nicht nachkommen. Sie sind alles

andere als ein Organ zur Kontrolle der Regierung. Wo Information und Recherche angesagt wären, gibt es oft einseitige Gesinnung, Meinungsjournalismus und Staatspropaganda, Genderkrampf und manipulatives Framing statt Klartext. Es gibt Gehirnwäsche, die alle Bereiche der Meinungsbildung durchzieht und sich während der Corona-Krise in Panikmache und Statements linientreuer Experten zeigt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zur geplanten Quotenregelung sagen, das vermutlich auch ein Instrument der viel zitierten Einigkeit ist: Ich freue mich schon darauf, besonders, wenn man seinen Anspruch auf die Einhaltung der Quote einklagen kann. Dann wird die AfD endlich einmal angemessen in den Talkshows des Staatsfernsehens berücksichtigt.

(Zuruf)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren: Einigkeit und Recht und Freiheit!

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster hat der Kollege Florian Ritter für die SPD-Fraktion das Wort.

**Florian Ritter (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der vorherige Redebeitrag zeigt, dass wir dringend von dem Begriff "Fake News" wegkommen müssen, weil er einiges beschönigt, was in diesem Land passiert. De facto verbreiten einige Leute Propagandalügen. Das sollte man auch so benennen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, für die Bekämpfung der Corona-Pandemie gab es keine Blaupause.

(Zurufe)

Es gab keine Erfahrungen mit einer Krankheitswelle dieses Ausmaßes, und wir hatten anfangs nur sehr geringe Erkenntnisse über das Verhalten des Virus, der Übertragungswege und der Langzeitfolgen, auf die wir unsere politischen Entscheidungen stützen konnten. Heute sind die Erkenntnisse besser, aber nach wie vor nicht widerspruchsfrei. Das muss man ganz offen anerkennen. Selbst vonseiten der Regierungskoalition kommen immer äußerst unterschiedliche und sehr widersprüchliche Positionen und Forderungen. Offensichtlich muss man sich auch dort immer wieder zusammenraufen und erörtern, was man denn eigentlich will. Die Befürchtung, dass solche Situationen natürlich die Angst vor einem Kontrollverlust wecken und Menschen verunsichern, ist nicht von der Hand zu weisen. Daraus ergibt sich auch die besondere Verantwortung der Regierungen, der Behörden, aber auch der Parlamente, ihre Entscheidungen transparent und immer unter Beteiligung der Betroffenen zu gestalten.

Es gibt aber auch Gruppen, die versuchen, aus dieser Verunsicherung Kapital zu schlagen. Das sind Geschäftemacher bei "Querdenken", irgendwelche YouTube-Kanal-Betreiber, die im großen Stil Schenkungen einwerben, die dann auf Privatkonten oder ins Ausland gehen, oder – was die größere Herausforderung ist – Rechtsextreme, Reichsbürger und Verschwörungsideologen, die versuchen, aus der Verunsicherung politisches Kapital zu schlagen. Es ist völlig offensichtlich, dass im Augenblick versucht wird, den Protest gegen die demokratische Ordnung und die Rechtsstaatlichkeit zu lenken. Wie wir es von Sekten kennen, wird dann mit immer neuen, erfundenen Geschichten und Verschwörungen versucht, das Publikum bei der Stange zu halten und immer tiefer in den eigenen Sumpf zu ziehen. Denn je tiefer die Anhänger in den Propagandalügen stecken, umso ausbeutbarer sind sie auch – und zwar materiell wie politisch.

Kolleginnen und Kollegen, die demokratischen Fraktionen hier im Haus eint tatsächlich ein Ziel: alle Kraft daransetzen, die Corona-Pandemie wirksam zu bekämpfen, und die Folgen der Beschränkungen für die Einzelnen und die gesamte Gesellschaft so

gut wie möglich abfedern. Diese Einigkeit im Ziel ist absolut wichtig und notwendig. Es ist auch richtig – da schließen wir uns an –, dass es eine solche Kommunikations-offensive braucht. Kolleginnen und Kollegen, eine solche Offensive kann aber nicht den Zweck haben, alle Maßnahmen der Staatsregierung einfach mal unkritisch durchzuwinken.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen die offene Debatte über den Sinn einzelner Maßnahmen, aber auch darüber, wie die Folgen für Menschen und Gesellschaft abgemildert werden können. Der Geschäftsordnungsantrag der FDP hätte heute mit Sicherheit noch einmal dazu Gelegenheit geboten.

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen aber auch ganz eindeutig Klarheit. Ich glaube, da müssen sich die Initiatoren dieser Aktuellen Stunde auch schon mal selber anschauen, welche Botschaften sie immer wieder aussenden. Der Dialog mit den übelsten Propagandisten der Corona-Leugner-Szene ist das Gegenteil einer aufklärerischen Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern. Er wertet diese Leitfiguren auf und erweckt den Eindruck, bei offensichtlichen Propagandalügen handele es sich um diskutierbare Positionen. Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, ich gebe Ihnen das mal mit. Sie sollten das intern mal äußerst selbstkritisch betrachten.

Wir müssen aber – das ist der zweite Punkt der Klarheit, für die wir sorgen müssen – auch die Auflagen bei den Kundgebungen durchsetzen. Bei vielen dieser Versammlungen sind Umgehung und Bruch von Auflagen quasi Bestandteil des Veranstaltungskonzeptes. Auch hier kann man dieses Verhalten nicht einfach durchwinken; stattdessen muss man ganz klar zeigen, dass die Auflagen selbstverständlich auch für die Corona-Leugner-Szene gelten.

Wir brauchen last but not least auch Klarheit in sicherheitspolitischen Fragen. Heute kam ja auch vom Ministerpräsidenten schon der Hinweis auf mögliche verfassungsfeindliche Tendenzen. Ich weise aber darauf hin, dass wir seit Monaten fordern,

QAnon-Netzwerke, bei denen das Vorliegen verfassungsfeindlicher Tendenzen offensichtlich ist, überwachen zu lassen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Florian Ritter (SPD):** Da passiert vonseiten des Innenministeriums leider nichts.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Ende kommen.

**Florian Ritter (SPD):** Da windet man sich raus.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Und die Maske, genau. Wunderbar. – Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion das Wort.

**Matthias Fischbach (FDP):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Krise stellt zweifelsohne auch für unsere Gesellschaft und unser demokratisches System eine Belastungsprobe dar. Diese große pandemische Bedrohung erfordert weitgehende Maßnahmen und schnelle Entscheidungen. Da ist es ganz entscheidend, dass wir die Bevölkerung mitnehmen und alle Maßnahmen auch ganz genau abwägen. Wir haben in den letzten Tagen gesehen, wie wichtig diese Debatten um das Infektionsschutzgesetz des Bundes waren. Was uns da selbst im Landtag noch an Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger erreicht hat! Das ging übrigens wirklich durch die Breite der Gesellschaft und kam auch aus dem persönlichen Umfeld. Die Leute sind verunsichert. Die Demonstrationen und nicht zuletzt auch das Ringen um den zweiten Lockdown und um die Frage, wie es jetzt weitergehen soll, sind alles Fragen, die die Menschen zu Recht bewegen, weil es um ihre persönliche Sicherheit und individuelle Freiheit geht. Da ist es auch nicht verwunderlich, dass diese Maßnahmen polarisieren und auch zu politischen Kontroversen führen.

Trotzdem gilt gerade bei Corona, dass der gesittete Streit um die Sache richtig ist, unserer Demokratie guttut und einfach mit dazu gehört. Selbstverständlich ist es hier, gerade auch frühzeitig im Entscheidungsprozess, auch vollkommen legitim zu hinterfragen. Wir haben auch deswegen heute diesen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt.

Es muss darum gehen, ob die Indikatoren aussagekräftig, ob die Maßnahmen, die getroffen worden sind, tatsächlich wirksam sind und ob alles, was geplant ist, auch weiterhin verhältnismäßig ist. Gerade wir als FDP-Fraktion nehmen dieses Hinterfragen für uns in Anspruch. Wir lassen uns das auch nicht nehmen, nur weil die AfD-Fraktion dazu irgendwelchen Unsinn verbreitet. Wir geben dieser Fraktion nicht die Macht, darüber zu bestimmen, welche Debatten in diesem Haus zu führen sind. Nein, im Gegenteil: Wir entscheiden hier für Demokratie und für Freiheit. Wir lassen uns an dieser Stelle von der AfD überhaupt nicht irritieren.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Mehring, es ist richtig, eine Kommunikationsoffensive zu fordern. Sie machen das aber fünf Minuten, nachdem man in der Landtagsdebatte über wichtige Krisenmaßnahmen als Politikklamauk gesprochen hat.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

Das ist eine Debatte, die andernorts übrigens stattfindet. Ich zitiere den stellvertretenden Ministerpräsidenten von NRW, Joachim Stamp, nach der "FAZ": Es ist ein sehr positives Zeichen, dass der nordrhein-westfälische Landtag unmittelbar vor der für Mittwoch terminierten Ministerpräsidentenkonferenz über den Kurs von NRW debattiert. –

Übrigens geht das auch auf eine Intervention der FDP zurück. Werte Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN und der CSU, es geht also auch anders. So nämlich sieht verantwortungsvolles Regierungshandeln aus.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

Bei all den Kontroversen und Auseinandersetzungen, die wir heute geführt haben, gilt umso mehr, dass wir alle als Demokraten dort, wo mit Lügen und Verschwörungstheorien, mit persönlicher Herabsetzung und mit Drohungen gearbeitet wird, gefragt sind, dem entschlossen entgegenzutreten. So unterschiedlich die Ansätze der demokratischen Fraktionen im Bayerischen Landtag sein mögen, so arbeiten wir alle doch auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse. Das muss unsere gemeinsame Grundlage sein. Fakten statt Fake News – der Titel dieser Aktuellen Stunde ist an dieser Stelle wirklich zu unterschreiben. Umso wichtiger ist es aber eben, diese Haltung auch in die Gesellschaft hinauszutragen. Wir machen das zum Beispiel über politische Bildung. Medienkompetenz und gerade auch das Verständnis von freiheitlich-demokratischen Grundwerten sind hier ganz entscheidend.

Wir als FDP-Fraktion haben dazu zum Beispiel im vergangenen Jahr ein umfassendes Antragspaket eingebracht. Wir müssen diese Werte in den Schulen unbedingt stärken. Leider wurde dieses Paket von den Regierungsfractionen abgelehnt.

(Zuruf)

– Es war nicht nur Theorie, sondern enthielt konkrete Vorschläge dazu, wie man, zum Beispiel über politische Planspiele, an die Schüler wesentlich besser herantragen kann, wie politische Entscheidungsprozesse laufen. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir das auch weiterhin hochhalten, nach der heutigen Debatte mehr denn je.

Zuletzt möchte ich sagen, dass wir aufgrund unbestreitbarer Fakten den Ernst der Lage anerkennen. Bei einer Fraktion muss man sich allerdings fragen, ob sie das auch tut. Von einem Redner der AfD war zu hören, es gebe ein subtil böses Framing. Im nächsten Satz war von Gehirnwäsche der Medien die Rede. Herr Kollege, wenn es subtil böses Framing gibt, dann kommt das von der AfD. Wenn Sie die Fakten weiterhin leugnen und die Bevölkerung in unverantwortlicher Art und Weise zu gefährlichem Handeln animieren, wenn Sie hier im Landtag mit Gasmasken auftau-

chen, um Sicherheitsmaßnahmen lächerlich zu machen, dann sind Sie mit Sicherheit keine seriöse Alternative.

Ich kann nur noch einmal betonen, dass wir Demokraten im Bayerischen Landtag uns durch die Unterstellung bössartiger Absichten nicht von irgendetwas abbringen lassen. Wir führen untereinander Debatten, sicherlich und berechtigterweise hart in der Sache. Das passiert aber immer auf einer respektvollen Grundlage. Man kann sich danach die Hand reichen und gut miteinander umgehen.

(Zuruf)

– Doch, meistens; ich kann eigentlich sagen: immer. – Bei diesen Debatten geht es um den Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit; das sind die wertvollsten Güter, die wir haben. Wir müssen das Coronavirus zurückdrängen und sollten gemeinsam darum ringen, wie wir das tun. Die Debatte darüber gilt es gemeinsam mit unserer Gesellschaft zu führen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächstem Redner erteile ich für zwei Minuten dem fraktionslosen Kollegen Markus Plenk das Wort.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Wenn man sich austauscht, um nach optimalen Lösungen für die Bürger zu suchen, ist es unentbehrlich, auch andere Standpunkte zuzulassen und die eigene Position ständig auf ihre Validität hin zu überprüfen. In der Geschichte gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass, wenn sich alle einig sind, alle falsch liegen.

Wenn unser Bundeswirtschaftsminister Altmaier äußert, er vertrete ausschließlich seine Wähler, dann hat er offensichtlich etwas Grundlegendes unserer Demokratie und auch den Inhalt seines Amtseides falsch verstanden. Solidarität ist nicht nur die Solidarität mit politisch Gleichgesinnten, sondern Solidarität ist Solidarität mit allen Menschen einer Gesellschaft und auch darüber hinaus. Die zunehmend verlorenege-

hende Solidarität in unserer Gesellschaft ist einer von vielen Kollateralschäden der verfehlten Corona-Politik.

Zum Thema "Fake News versus Fakten": Die Regierenden nehmen für sich in Anspruch, die Fakten und damit die Wahrheit zu kennen. Dass es sich bei dieser Geishaltung um eine unverschämte Anmaßung handelt, ist vielen Bürgern in unserem Land mittlerweile klar. Wie oft wurden in der Vergangenheit vermeintliche Fake News später zu Faken und damit zu Realität und Wahrheit! Hat nicht unser Bundesgesundheitsminister Spahn noch im März den bevorstehenden Lockdown als "Fake News" bezeichnet? Fake News sind Unwahrheiten und damit Lügen. Die Teilnehmer an Corona-Demonstrationen pauschal als Lügner zu diffamieren, ist nicht angebracht, zumal Lügen ein häufig verbreitetes Attribut in der Politikerkaste sind.

Insofern: Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall eines Abgeordneten)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Dr. Beate Merk für die CSU-Fraktion das Wort.

**Dr. Beate Merk (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Hier wird behauptet, dass Demonstranten pauschal verurteilt werden. Das halte ich für völlig falsch. Wir wissen ganz genau, dass diese Demonstrationen ganz heterogen zusammengesetzt sind. Da sind Menschen dabei, die echt Angst haben, aus welchen Gründen auch immer. Sie haben zum Beispiel vor dem Impfen Angst. Wahrscheinlich kennt auch der eine oder andere von uns jemanden, der nicht gerne geimpft wird oder der seine Kinder nicht impfen lassen will, weil er bestimmte Ängste hat; und den verachten wir weiß Gott nicht. Aber wir verachten diejenigen, die mit dieser Angst spielen und den Menschen jetzt sagen: Die Regierenden wollen euch zwingen, dass ihr euch impfen lasst. – Das sind Fake News – wider besseres Wissen Dinge zu behaupten, den Menschen das Wort im Mund umzudrehen oder falsche Informationen zu geben. Dagegen wehren wir uns.

Ich bitte die Menschen, die sich jetzt mit ihrer großen Sorge einer solchen Demonstration anschließen, einmal zu überlegen, welchen Quellen sie vertrauen. Jeder Mensch hat das Recht darauf, objektive, wahre, belegte Informationen zu bekommen, egal wo diese veröffentlicht werden. Diesem Anspruch werden unsere Regierung und all die demokratischen Fraktionen hier im Hause auch gerecht. Dafür danke ich ihnen. Noch nie – das ist für mich ein wesentlicher Punkt – hat Politik so viel Zustimmung gehabt wie in der letzten Zeit. Die gesamte Staatsregierung hat dazu beigetragen. Die Fraktionen in diesem Haus, die demokratisch gesinnt sind, haben dazu beigetragen. Es ist so, dass kein anderer Politiker deutschlandweit – jedenfalls kein anderer Ministerpräsident – momentan in den Medien so gefragt ist wie unser Ministerpräsident, weil er am sachlichsten, am unaufgeregtsten und am verständlichsten in seinen Erklärungen ist, ohne zu dramatisieren und ohne zu beschönigen, und weil er damit den Menschen Zuversicht gibt: Wenn wir uns an bestimmte Regeln halten, dann werden wir glimpflich durch diese schwierige Pandemie kommen.

Impfgegner oder Impfskeptiker haben oftmals Sorgen vor Folgeschäden und berufen sich zum Teil auch auf persönlich schlechte Erfahrungen. Dafür haben wir Verständnis. Aber mir ist unverständlich, dass sich solche Menschen dann in eine Demonstration hineinbegeben – schutzlos, ohne Abstand zu halten, ohne Masken aufzusetzen, schutzlos das Bad in der Menge zu suchen. Das ist für mich irrational, nicht nachvollziehbar. Die Gruppe der Demonstranten – ob diese oder jene – eint jedenfalls, dass sie Gegenargumente und Fakten ausblenden oder dass sie sie nur so einseitig bewerten, wie es ihnen und ihrer Überzeugung gerade guttut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal sehr deutlich: zurück zur Behauptung einer Impfpflicht. Es wird keine Impfpflicht und es wird auch keine Impfdokumentation geben. Wir wollen das nicht. Wir wollen keinen Zwang. Das ist nicht unsere Denke – ganz im Gegenteil: Wir wollen, dass sich die Menschen dann impfen lassen, wenn sie selbst sagen, wir wollen etwas dafür tun, dass wir uns nicht anstecken bzw. dass wir keinen so schweren Verlauf einer Krankheit haben. – Schauen wir es uns an:

Faktisch geht das mit dem Impfzwang auch überhaupt nicht. Zahlenbeispiele belegen das schon. Man muss sich nur mal vorstellen, was es bedeutet, allein 60 Millionen unserer 83 Millionen Deutschen impfen zu lassen. Wenn wir das versuchen, dann rechnen wir dafür mit einer Dauer von etwa vier Jahren. Also: Dieses Thema können wir wirklich streichen.

Es ist für uns so wichtig, dass wir das an die Menschen heranbringen und dass die Menschen jetzt einen Hoffnungsschimmer haben, weil immer mehr Unternehmen mit ihrer Strategie Glück und Erfolg haben, einen Impfstoff bekommen und uns und diesen Menschen damit helfen. Mit unserer Impfstrategie tun wir nun alles, damit wir dann auch impffähig sind. Wir haben mit dem Dritten Bevölkerungsschutzgesetz die Basis dafür gelegt, nämlich die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen – das und nichts anderes. Wir wollen die Menschen, die in stark gefährdeten Berufen arbeiten, unsere Pflegerinnen und Pfleger, das ganze medizinische Personal und die Menschen, die Risikopatienten sind, vorrangig mit diesen Impfungen bedienen können. Sie brauchen zuallererst den Impfschutz, weil sie unseren Erkrankten helfen, aber eben auch nur dann, wenn sie es selbst wollen. Damit das alles auch klappt, werden wir die Impfzentren bis zum 15.12. aufbauen. Ich weiß, dass inzwischen schon einige dieser Impfzentren Gewehr bei Fuß stehen, dass sie fertig sind und dass man dort sofort loslegen kann. Darüber hinaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es neben der Prävention und dem Impfen auch um die Therapie –,

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, Sie müssten zum Ende kommen.

**Dr. Beate Merk (CSU):** – nämlich um die Entwicklung von Medikamenten zur Behandlung, zur Therapie von Corona.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Ziel ist, die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Dazu brauchen wir Menschen, die zusammenhalten und miteinander die demokratischen Überzeugungen –,

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin!

**Dr. Beate Merk (CSU):** – die wir hier im Hause haben, nach außen tragen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Maske! – Ich muss ein bisschen auf die Einhaltung der Redezeiten hinweisen. Die schöne Uhr, die vor uns steht, zeigt bei "Gelb", dass es langsam Zeit wird. – Jetzt hat die Kollegin Kerstin Celina für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Die Zeit, das runterzumachen, muss aber sein.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Sie dürfen das Pult runterfahren. Das wird nicht auf die Zeit angerechnet.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Mehring, wir erleben seit Wochen, dass es eben nicht reicht, Maßnahmen gegen Corona nur zusammenzustellen und zu beschließen, sondern sie müssen auch für jedermann und jedefrau nachvollziehbar sein und gut kommuniziert werden, also auch mit Präsenzdolmetscherinnen und -dolmetschern und in Leichter Sprache. Auch heute bei der denkwürdigen Pressekonferenz Ihres eigenen Bildungsministers war das wieder nicht dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Apropos Kommunikation: Wo bleiben eigentlich die Kinder und die Jugendlichen in Ihren Überlegungen? – Es ist doch kein Verdienst, die Schulen offen zu halten oder sie vor Weihnachten ohne Absprache mit den betroffenen Schulfamilien zu schließen und die privaten Kontakte massiv zu reduzieren. Kinder sind doch nicht nur Trichter, in die man Bildung hineinstopft! Aber Sie sind in der Regierung. Sie in den Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER veranstalten Autogipfel und Fluggipfel; aber wo bleibt denn der Kindergipfel? – In Finnland gibt es sowas schon längst. Dank einer sehr guten Internetabdeckung funktioniert das dort auch prima. Aber hier starten Sie ja noch nicht einmal einen Versuch zu einer derartigen Kommunikation. Erklären Sie den

Kindern dann doch gleich, warum Sie als einziges Bundesland gegen eine Kindergrundsicherung auf Bundesebene sind. Ich glaube, das würde die im Rahmen einer Kommunikationsstrategie auch interessieren.

Was sagen Sie eigentlich den jungen Leuten, die vor einigen Wochen angeblich so viel gefeiert haben? Wo sind die denn? – Diejenigen, denen ich regelmäßig begegne, räumten im Frühling mit Mundschutz beim Edeka die Klopapierregale ein, weil dringend Leute gebraucht wurden. Die sitzen jetzt an ihrem Ausbildungsplatz, jobben in der Kontaktnachverfolgung oder sitzen in der Schule und am Computer und ärgern sich nicht über die nachvollziehbaren Einschränkungen, sondern über das langsame Internet, das sie immer wieder aus ihren Univorlesungen rauswirft. Sie in der Regierung, Sie in den Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN, haben für diese jungen Leute in den letzten Monaten nichts getan, außer ihnen zu sagen, dass sie gefälligst froh sein sollen, im kalten Klassenzimmer den vorgeschriebenen Lehrplan abarbeiten zu dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Punkt zum heutigen Thema: die dringend benötigte soziale Gerechtigkeit der Hilfsmaßnahmen. – Entschuldigen Sie bitte, welche Botschaft wollen Sie denn mit Ihrem Schulleiterbonus in die größeren Orte im Freistaat senden? Ich sage bewusst "in die größeren Orte"; denn in den kleineren Orten haben Sie die Schulen längst geschlossen.

(Zuruf)

Noch einmal ganz deutlich: Das Gehalt ist wirklich nicht das Problem unserer verbeamteten Schulleiterinnen und Schulleiter. Ein "Bonuszuckerl" löst die Probleme an den Schulen nicht. Hätten wir noch die vielen kleinen Schulen inklusive einer fortschrittlichen Datenverarbeitung und IT-Ausstattung sowie einer adäquaten Lehrer\*innen-Reserve, dann hätten Sie trotz Corona glückliche Schulleiter\*innen, weil diese

dann in einem Umfeld arbeiten könnten, in dem sie trotz Corona gut unterrichten können.

Apropos Boni, die die Probleme nicht lösen: Wir GRÜNE haben schon im Mai gefordert, den Kitas die entfallenen Betreuungsgebühren vollständig zu erstatten. Diese Finanzlücke klafft noch immer; denn die Staatsregierung hat nur eine Pauschale erlassen, die in den meisten Fällen nicht kostendeckend wirkt. Diesen vielen Ärger, den Sie mit dieser gut gemeinten, aber schlecht gemachten Regelung ausgelöst haben, haben Sie nicht erwartet. Sie haben einfach viel zu lange nicht gemerkt, dass mit nicht zu Ende gedachten "Bonuszuckerln" wie diesen das grundsätzliche Gerechtigkeitsempfinden vieler verletzt wird – zu einer Zeit übrigens, zu der Sie nicht nur Ihr Herz, sondern auch die Finanzmittel großzügig über Wirtschaftsbetriebe ausgeschüttet haben und dabei die gemeinnützigen Organisationen sowie die Kultur in ihrer gesamten Breite nicht einmal im Blickfeld hatten. Das verärgert die Leute!

In manchen Punkten haben Sie unsere Konzepte aber angenommen und auch übernommen: Sei es, die Notbetreuung schwerstbehinderter Kinder neu zu regeln, feste Betreuungsgemeinschaften für Familien mit mehreren Kindern zu bilden oder Hilfen für Kultureinrichtungen und Kulturschaffende endlich in den Blick zu nehmen. Sagen Sie mir bitte eines: Haben Sie irgendeinen nennenswerten Widerstand bei den Corona-Maßnahmen, die Sie von uns angenommen und übernommen haben, erlebt? Oder bestand Einigkeit? – Ich bin mir sicher, dass Ihre Antwort, wenn Sie mir eine geben würden, lauten müsste: Ja, Frau Celina, ich gebe Ihnen Recht; diese Maßnahmen, für die die GRÜNEN so lange und intensiv gestritten haben, waren gut, sozial gerecht, haben zu mehr Einigkeit beigetragen und zu einem "Wir-halten-zusammen" geführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir uns in Zukunft früher einig werden bei der Ausgestaltung der Corona-Maßnahmen, bei der Gestaltung unserer Zukunft und dabei, wie wir eine soziale, gerechte,

ökologische und digitale Welt gestalten, dann kommen wir gemeinsam, gestärkt und einig aus dieser Krise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin Celina. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen und Vizepräsidenten Hold aufrufen.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Machen wir uns nichts vor: Die Corona-Maßnahmen sind eine Zumutung. Einschränkung der persönlichen Freiheit, Verlust liebgewonnener sozialer Kontakte, Freizeitaktivitäten und Gewohnheiten, Reisepläne, Betreuungsmodelle und teilweise sogar Lebensentwürfe werden zur Makulatur. Dazu kommt die wirtschaftliche Unsicherheit rund um Kurzarbeit und die Angst vor Job-Abbau. Für nicht wenige steht sogar die wirtschaftliche Existenz auf dem Spiel, beileibe nicht nur für Gastronomen und Kulturschaffende. Keine Frage, die Einschränkungen sind gravierend und in ihrer Tragweite und Dauer für fast jeden von uns eine echte Zumutung.

Die meisten Menschen in Bayern gehen aber bewundernswert diszipliniert und solidarisch damit um, umso mehr, wenn man bedenkt, wie viele verschiedene Meinungen zu all den Maßnahmen im Umlauf sind, wie viele Zweifel und auch wechselnde wissenschaftliche Ansichten geäußert werden, teils von renommierten Wissenschaftlern, teils aber auch von Fantasten, die ganz andere Ziele verfolgen als die Gesundheit der Bayern und welche die Zwietracht brauchen, um den Boden für ihre Vorstellungen eines anderen Staates zu bereiten. Wer jetzt argwöhnt, das Thema dieser Aktuellen Stunde sei "vergeigt": Entschuldigung, der gibt nur zu Protokoll, dass er nicht bereit oder in der Lage ist, über das Tagesgeschäft und über den Tellerrand hinauszusehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dafür übrigens, dass Sie das Thema für sinnlos halten, waren die Beiträge – zumindest des Kollegen Gehring und des Kollegen Ritter – dann doch erstaunlich konstruktiv.

Die Corona-Krise stellt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wirklich auf eine harte Probe. Aber wenn uns bewusst wird, dass es Kräfte gibt, denen es gar nicht um die berechtigten Sorgen von Eltern, Senioren, Gastwirten und all den anderen geht, sondern darum, diesen Zusammenhalt aufzukündigen, dann muss uns auch klar sein, dass dieser Zusammenhalt heute so wichtig ist, wie er es noch niemals war. Natürlich dürfen wir den Unmut über manche Maßnahmen nicht als Mäkelei abtun. Wir dürfen auch nicht die generelle Ablehnung unserer Krisenpolitik als vergängliche Spinnerei abtun. Wir müssen geduldig und mit der Bereitschaft, aus jeder Diskussion zu lernen, mit all denen diskutieren, die an guten Lösungen zwar interessiert sind, sich aber einfach nicht abgeholt oder nicht verstanden fühlen. Dazu gehört ein besseres Zuhören genauso wie ein besseres Erklären. Wir sollten uns dabei durchaus Gedanken machen, ob wir die Fülle an möglichen Informationen optimal zur Verfügung stellen und ob alle Maßnahmen optimal kommuniziert sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Menschen deshalb von der Politik abwenden, weil sie sich einfach überfordert fühlen. Das Parlament sollte sich dabei nicht mit Sandförmchen aus dem "Geschäftsordnungs-Sandkasten" bewerfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Worum es wirklich geht: Wir müssen jetzt erkennen, dass eine stabile Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Wir müssen durchaus alarmiert auf Länder wie Ungarn, Polen und auch die USA der letzten vier Jahre schauen und den Menschen klar machen, dass der demokratische Rechtsstaat mit all seinen Freiheiten Tag für Tag neu erstritten und neu verteidigt werden muss, ganz handfest gegen ins Parlament eingeschleuste Pöbler, aber vor allem durch unsere parlamentarische Arbeit. Lassen Sie uns jetzt bitte auch hier zusammenhalten und nach außen tragen, dass der Zusam-

menhalt das Fundament unserer Demokratie ist und dass unsere demokratische Gesellschaft keinen Siegeszug des Egoismus und der Gleichgültigkeit verträgt.

Ich habe Verständnis für Eltern, die auf mich zukommen und fragen: Warum darf mein Kind nicht mit zehn anderen Kindern Geburtstag feiern, während tausend Menschen ohne Maske, ohne Abstand und ohne Anstand demonstrieren? Aber ich habe kein Verständnis für diejenigen, die zwar die umfassende Meinungsfreiheit ebenso exzessiv in Anspruch nehmen wie die von Behörden und Gerichten hochgehaltene Versammlungsfreiheit, aber mit Schildern, auf denen "Meinungsdiktatur" steht, herumlaufen und diese hochhalten. Lassen Sie uns bitte stattdessen offensiv die Grundrechte hochhalten. Die freie Information, die freie Meinungsbildung, die freie Meinungsäußerung sind doch bei uns so umfassend und gesichert garantiert wie sonst nirgendwo auf der Welt. Diese Botschaft müssen wir den Menschen geben. Lassen Sie uns genauso offensiv und geduldig klarmachen, dass wir uns jede einschränkende Maßnahme nicht leichtmachen, dass sie aber nichts anderes zum Ziel hat, als auch Grundrechte zu schützen, nämlich Gesundheit und Leben.

Für alle, die dafür nicht erreichbar sind, und für alle, die sich über die Schutzmaßnahmen hinwegsetzen, sei es aus Egoismus oder aus dem Wunsch, hier etwas zu ändern und die Staatsform zu setzen, brauchen wir tatsächlich ein sehr konsequentes Handeln unseres Rechtsstaates, meine Damen und Herren. Für jeden, der unsere Rechtsordnung aber nicht infrage stellt, sondern nur die Frage stellt, welche Maßnahmen sinnvoll sind, müssen wir da sein und verhindern, dass Fake News oder bloßer Egoismus die Oberhand gewinnen. Wer aber immer noch eine Partei für eine demokratische Alternative hält, die marodierende Idioten in den Bundestag einschleust, um Abgeordnete anzupöbeln und einzuschüchtern, der kann sich nicht auf seine Sorgen hinausreden, sondern muss vielmehr so ehrlich sein, dass er mit denen gemeinsame Sache macht, die nicht mehr in unserer freiheitlichen Demokratie, sondern in einem totalitären und nicht-freiheitlichen Staat leben wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Vizepräsident – –

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Meine Damen und Herren – Ja.Herr Präsident, das waren die "Frau-Dr. Merk-Ausgleichsekunden".

Einen letzten Satz noch: All denen kann ich aber versprechen: Wir Demokraten sind mehr, und wir werden unsere Demokratie weiter verteidigen und stärken.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Das waren vier Sekunden, aber das sei der Situation geschuldet. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf den nächsten Redner aufrufen: Das ist Herr Kollege Manfred Ländner von der CSU-Fraktion.

**Manfred Ländner (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heimische "Main-Post" hat gestern in einer Überschrift gefragt: Wie viel Wut verträgt die Demokratie? – Man kann auch sagen: Wie viel Provokation verträgt die Meinungsfreiheit? Oder man kann das auch steigern: Wie viel Blödsinn und Ideologie verträgt eine freiheitliche Gesellschaft? – Es ist vorhin schon festgestellt worden, und auch ich glaube: Eine freiheitliche Gesellschaft verträgt vieles. Lieber Herr Klingen, allein schon, dass Sie Ihre kruden Thesen in einem freien Parlament, ohne irgendwie rot zu werden, verbreiten können, zeigt doch schon, wie viel unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft verträgt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Pandemien fordern heraus, und Pandemien zeigen nicht immer nur das schöne Gesicht einer Gesellschaft. Wer sich für Geschichte interessiert, der weiß, welche surrealen Elemente Pandemien im Mittelalter hervorgebracht haben. Damals hat es noch "Seuchen" geheißen. Immer wieder wurde eine Gesellschaft herausgefordert, wie auch unsere Gesellschaft jetzt. Aber in einer Krise, Kolleginnen und Kollegen, sind wir, so glaube ich, nicht. Millionen Menschen in vielen Ländern dieser Erde wären froh, sie hätten so eine Krise, wie wir sie haben.

(Zuruf: Was erzählen Sie für einen Quatsch?)

Krude Ideen hat es schon immer gegeben. Heutzutage haben wir folgendes Problem: Früher hat man vielleicht ein Flugblatt geschrieben, oder man hat etwas am Stammtisch erzählt. Dann hat man hat gesagt: Sei leise! Mittlerweile kann jeder, der krude Vorstellungen hat, ins Internet gehen, und es gibt für jeden Blödsinn heutzutage Hunderte von Menschen, die diesen Blödsinn im Internet verteidigen, und überall findet sich ein Wissenschaftlicher, der das akademisch bestätigt. Das ist nun einmal so.

(Zuruf)

– Es ist so, und wir akzeptieren das. Wenn Sie sich an einen meiner ersten Sätze erinnern, da habe ich gesagt: Wir haben keine Krise. Das Einzige, was wir haben, sehr geehrte Damen und Herren, das ist die Herausforderung,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

wie wir in einer freiheitlichen Gesellschaft mit verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen umgehen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

In den letzten Jahren und Jahrzehnten, in 75 Jahren, haben wir in unserer freiheitlichen Demokratie Regeln und Leitplanken entwickelt. Eine davon ist das Recht auf die eigene Meinung. Eine andere ist die Achtung vor der Meinung des anderen. Eine dieser Leitplanken ist auch, dass richtigerweise Grenzen gesetzt werden. Grenzen sind das Strafrecht, und Grenze ist auch die ganz einfache Aussage: Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. – Freiheit heißt nicht: Ich kann tun und lassen, was ich will.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Gerade die aufgekommene sogenannte Querdenkerbewegung zeigt, wie diffus, wie unsinnig und wie komplett gaga die Meinungen sind, die es teilweise in dieser Gesellschaft gibt, Meinungen, die selbstverständlich gesagt werden dürfen. Was ist nun un-

sere Aufgabe, meine sehr geehrten Damen und Herren? – Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass sich diese Meinungen, die sich mit noch kruderen Theorien zu einer Spirale paaren, nicht in das Herz unserer Demokratie hineinbewegen. Dafür sind die Parlamente auch mit zuständig. Unser Grundgesetz nennt drei Gewalten in diesem Land: die Exekutive, die Legislative und die Judikative.

Wir haben als Legislative nicht nur die Aufgabe – das wurde vorhin schon gesagt – der Gesetzgebung, sondern auch die der Debatte. Und diese Debatte führen wir. Manche wollen hier ein bisschen mehr, manche wollen dort ein bisschen mehr, manche sind zufrieden. Egal, Debatten müssen geführt werden. Wir haben unsere Exekutive, die konsequent handeln muss. Ich bin dankbar, dass dieses Parlament in weiten Teilen unsere Exekutive unterstützt, unsere Exekutive in der Verwaltung, unsere Exekutive in der Polizei und bei den vielen Menschen, die handeln, um diese Pandemie zu bekämpfen und die Folgen zu mildern.

Wir haben auch unsere Judikative, eine Judikative, die auch mit Problemen konfrontiert wird, deren Urteile nicht immer alle verstehen, die aber mehr und mehr sorgfältig austariert zwischen dem Schutz der Bevölkerung und der Einschränkung von Grundrechten, wann und wie. Ist es ein Grundrecht, wenn ich andere gefährde, indem ich mit Tausenden anderen ohne Maske mitten in der Innenstadt demonstriere, letzten Endes aber nur eine Show abziehe?

Meine Damen und Herren, das muss unsere Aufgabe sein: Leitplanken der Demokratie, die Anerkennung von Exekutive und Judikative und dass wir als Legislative gemeinsam für die Menschen in diesem Land eintreten, aber auch für unsere freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pohl. – Es gibt keine Zwischenbemerkung bei der Aussprache zur Aktuellen Stunde. Herr Abgeordneter Pohl, bitte sehr.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pandemie, eine große Herausforderung, hätte tatsächlich zu einer Krise der Gesellschaft werden können. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das Gegenteil ist passiert. Die Frage, die wir gestellt haben, "Gesellschaft in der Krise?", ist ganz klar mit Nein zu beantworten. Unsere Gesellschaft hat sich im Gegenteil als sehr krisenresistent erwiesen, und mit unserer Gesellschaft auch unsere Verfassung. Natürlich war und ist das noch ein Stresstest für unser Grundgesetz, für unsere Verfassung und auch dafür, was wir hier untereinander leben. Auch hier kann ich nur sagen: Unsere Verfassung hat diesen Stresstest glänzend bestanden. Dann höre ich: "Die Grundrechte sind außer Kraft gesetzt". Ganz im Gegenteil: So sorgfältig wie jetzt haben Parlamente und auch die Exekutive selten die Grundrechte gegeneinander abgewogen, und zwar die Grundrechte jedes Einzelnen. Diese fußen natürlich nicht nur auf Berufsfreiheit, Gewerbefreiheit, Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit, sondern auch auf körperlicher Unversehrtheit, auf Leben, auf Gesundheit. Diese Abwägung ist schwierig, vor allem ist sie schwierig, weil wir für Corona keine Blaupause haben. Aber diese Abwägung ist doch glänzend gelungen.

Noch ein Zweites. Wir haben eine Gewaltenteilung, Herr Kollege Ländner hat das bereits angesprochen. Wir haben eine unabhängige Justiz, die, in seltenen Einzelfällen, weil wir es gut gemacht haben, aber natürlich auch einmal sagt: Hier seid ihr zu weit gegangen. Da müssen wir eure Entscheidung korrigieren. – Jeder, der meint, dass er ungerecht behandelt worden ist, kann vor Gericht gehen und sein Recht bekommen. Ich kann also nur wirklich sagen: Glänzend bestanden!

Jeder darf demonstrieren. Es ist auch notwendig, dass jeder demonstrieren kann, auch wenn er noch so krude Vorstellungen hat. Aber: Er muss sich an Mindestregeln halten. Wenn jemand Mindestregeln wie Abstandhalten und Maskenpflicht nicht einhalten will, dann darf er sich nicht beschweren, wenn er seine Rechte nicht wahrnehmen darf. Ich rede jetzt nicht von Querdenkern, ich sage nur: Es gibt natürlich Menschen, die die eine oder andere Maßnahme für überzogen, für nicht richtig halten. Es

ist auch richtig und gut, dass es diese Menschen gibt. Wir haben keine Einheitsmeinung in diesem Land. Unsere Aufgabe ist es aber, uns der Diskussion zu stellen und für unsere Maßnahmen, für die Akzeptanz unserer Maßnahmen zu werben. Das sage ich hier an dieser Stelle ganz deutlich: Ich bin gegen Maskenverweigerer und gegen Diskussionsverweigerer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die sorgfältige Abwägung der Maßnahmen, und zwar zu jeder Zeit, ist übrigens der große Unterschied zu einer Diktatur. Eine Diktatur hat einfache, starre, unwandelbare Lösungen; in einer Demokratie muss täglich abgewogen werden, wo die Grenzen zu ziehen sind, wo die Grenzen zu justieren, wo die Grenzen neu zu ziehen sind. Ich nenne ein Beispiel, das uns in den nächsten Monaten, vielleicht Jahren, noch sehr intensiv beschäftigen wird: Es ist ein Impfstoff auf dem Markt; es sind sogar zwei Impfstoffe. Vor dem Hintergrund, dass es einen Impfstoff gibt, werden wir Diskussionen neu zu führen haben,

(Zuruf)

nicht Diskussionen über eine Impfpflicht – ich denke, Fake News brauchen wir hier nicht –, aber sehr wohl Diskussionen darüber, inwieweit Maßnahmen gerechtfertigt sind, wenn sich jeder impfen lassen kann.

(Zuruf)

Da ist dann schon die Frage, ob jemand sagen kann: Ich bin gegen eine Impfpflicht, ich bin auch gegen mittelbare Anreize, sich impfen zu lassen, ich will aber optimal geschützt sein. – Das geht dann nicht mehr. Die Rechtfertigung von Maßnahmen bei bestehender Impfpflicht wird neu zu justieren sein. Das wird unsere Aufgabe sein. Das werden wir in den nächsten Monaten zu leisten haben, wie so vieles andere.

Ich kann nur sagen: Der Stresstest für die Demokratie, der Stresstest für die Gesellschaft und unsere Verfassung: Glänzend bestanden!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pohl. – Als nächste Redner haben sich die beiden zuständigen Staatsminister gemeldet. Frau Staatsministerin Huml, Sie haben zuerst das Wort, bitte.

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Lieber Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Corona beschäftigt uns seit Monaten. Die Einschränkungen, die wir den Bürgern immer wieder abverlangen, sind nicht einfach zu akzeptieren. Ich merke das in Situationen, wenn es darum geht: Ich kann andere nicht mehr besuchen, wie ich möchte, ich kann nicht mehr ins Ausland fahren, um Urlaub zu machen, ich kann nicht in mein Lieblingsrestaurant gehen, ich kann nicht Sport treiben im Verein, in der Fitnessarena oder sonst wo. All das beschäftigt die Menschen. Trotzdem gibt es eine ganz große Solidarität und Verantwortung unter den Menschen. Das finde ich persönlich wirklich großartig in dieser Pandemie, und ich danke allen Bürgern, die hier so mitziehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die eine oder andere Einschränkung ist tatsächlich schwer hinzunehmen und tut manchmal weh: wenn die Gaststätten zu sind oder wenn bestimmte Dinge nicht möglich sind. Ich merke das bei meinem Jüngsten, der mich anschaut und fragt, wenn die eine oder andere Regel immer noch gilt: "Wegen Corona?", und ich sage: "Ja, wegen Corona". Trotzdem ist es wichtig, dass wir weiter dranbleiben.

Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen, was wir die letzten Wochen und Monate in den verschiedenen Ministerien kommunikativ auf den Weg gebracht haben. Ich könnte Ihnen erzählen, dass unsere Frage- und Antwortseite millionenfach angeklickt wird, wie viele Anfragen von Bürgern wir inzwischen schon beantwortet haben, nicht nur Fragen von Abgeordnetenkollegen, dass wir viele Texte in Leichte Sprache übersetzt haben. Wir sind auch dabei, Texte in Gebärdensprache und in verschiedene Sprachen zu übersetzen. All das haben wir auf den Weg gebracht und werden nicht müde, wei-

ter daran zu arbeiten. Mir persönlich und Staatssekretär Klaus Holetschek ist es wichtig, mit den Menschen im Gespräch zu sein. Erst kürzlich habe ich mit einem Vater telefoniert und mit ihm über die Maskenpflicht an den Schulen gesprochen, wie das für seinen Sohn ist, wie er es erlebt. Als ich ihn gefragt habe, wie es ist, wenn er zu den Großeltern fährt, da hat er mir wie selbstverständlich erklärt: Klar setzen wir dann eine Maske auf, wir wollen den Schwiegervater und die Schwiegermutter schützen. – Ich glaube, dieses "Wir wollen schützen" ist bei den Menschen vielfach schon verankert.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn ich die Demonstrationen und die Verunsicherung der Menschen sehe, dann wünsche ich mir, wir hätten hier im Landtag nicht eine Fraktion, die diese Verunsicherung immer wieder schürt. Ich denke dann immer: Es kann nicht wahr sein, dass wir im Landtag immer wieder mit Aussagen konfrontiert werden, die mehr an Fake News als an Fakten orientiert sind. Wir müssen gemeinsam zeigen – das tun wir im Parlament –, was die Fakten sind. Ich danke allen, die das hier immer wieder aufzeigen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich habe vor einigen Tagen von einem Intensivmediziner, den ich ganz gut kenne, eine E-Mail bekommen. Er hat mir geschrieben, dass wieder etliche Patienten verlegt werden mussten, weil auf der Intensivstation mit in der Regel 30 bis 40 Betten nur noch drei Betten frei waren. Wenn ich mit einer Pflegekraft spreche und höre, vor welchen Herausforderungen sie stehen, denke ich immer: Was diese Menschen leisten, was hier in ganz Bayern geleistet wird! Wie mag auf diese Menschen, die wirklich ganz nah am Patienten, an den Bewohnern, an den COVID-Kranken dran sind, die eine oder andere Äußerung bei den Demonstrationen eigentlich wirken, oder auf jemanden, der COVID durchgestanden hat und immer noch unter Müdigkeit leidet? Deshalb ist es so wichtig – deswegen auch heute die Aktuelle Stunde –, mit Fakten zu untermauern und transparent zu kommunizieren, wie wichtig und notwendig es ist, die Menschen weiter zu animieren und für Akzeptanz zu werben und ihnen klarzumachen, dass es nur gemeinsam geht, diese Pandemie durchzustehen. Lassen Sie uns in diesem Sinne hier

im Landtag weiter gemeinsam arbeiten. Manche Entscheidung mag etwas schnell kommen; wir wollen Sie alle, den Landtag, immer mitnehmen. Deswegen wird es am Freitag hier noch eine Sondersitzung geben. Lassen Sie uns diese Pandemie weiter gemeinsam durchstehen – hier im Landtag, aber auch mit den Menschen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Als Nächster hat der Staatsminister des Innern Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In aller Kürze drei Anmerkungen:

Zurzeit wird in vielen Medien darüber gesprochen, in der Krise sei die Stunde der Exekutive. Das ist gemeinhin natürlich nicht falsch. Ich meine, diese Corona-Krise ist eine Bewährungsprobe für unsere parlamentarische rechtsstaatliche Demokratie insgesamt, und sie bewährt sich. Wir können, wie Frau Landtagspräsidentin eingangs gesagt hat, stolz darauf sein, wie sich diese rechtsstaatliche Demokratie im Moment bewährt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In der Tat ist es wichtig, darauf hinzuweisen: Alle 16 Landesparlamente und das Bundesparlament sind ständig in Beratung, treffen Entscheidungen, stimmen ab. Die Parlamente sind nicht außer Kraft gesetzt, sondern sie sind voll funktionsfähig. Eine Partei ist aus guten Gründen nirgends an der Regierung beteiligt. Wenn es darum geht, wer hinter den Entscheidungen der Exekutive in den 16 Ländern und im Bund steht, zeigt sich: Hier ist es die Mehrheit aus CSU und FREIEN WÄHLERN; die Politik der baden-württembergischen Landesregierung wird von einer Koalition aus GRÜNEN und CDU getragen, auch andere stimmen dort manchmal zu, aber zunächst einmal ist es die stabile Mehrheit von GRÜNEN und CDU; in Hessen sind es CDU und GRÜNE;

in Thüringen sind es die Linke, SPD und GRÜNE, die den Regierungskurs tragen; in Rheinland-Pfalz sind es SPD, GRÜNE und FDP usw. Ich könnte die Regierungskonstellationen in den Ländern weiter ausführen. Das ist die Realität in unserem Land. Es ist nicht irgendeine spezielle Clique, wie das manche Querdenker formulieren. Wenn man auf die Bundesrepublik Deutschland schaut, erkennt man eine bunte Vielfalt derer, die die parlamentarischen Mehrheiten tragen. Es gibt durchaus Unterschiede in den einzelnen Ländern, aber bei den wesentlichen, fundamentalen Entscheidungen der letzten Monate gibt es eine breite Einigkeit. Das ist für mich in der Tat kein schlechtes Zeichen, sondern eine Stärke unserer Demokratie.

Gleichzeitig ist auch unsere Judikative voll in Aktion, die auch nicht außer Kraft gesetzt worden ist, sondern die Verwaltungsgerichte und die Verfassungsgerichte entscheiden täglich – nicht nur über Corona-Fragen, aber auch über Corona-Fragen. Über Hunderte Klagen vor Verwaltungsgerichten ist alleine in Bayern in den letzten Monaten entschieden worden.

Es gibt Entscheidungen, die das Regierungshandeln bestätigt haben, und es gibt genauso einzelne Entscheidungen, bei denen Bürger gegen den Staat recht bekommen haben. Unser Rechtsstaat ist voll in Aktion, bewährt sich auch insofern und achtet sorgfältig darauf, dass gerade die Grundwerte und die Grundrechte geschützt werden.

Deshalb will ich zum Zweiten sagen: Wir haben noch genau einen Monat bis Weihnachten. Es ist wichtig, dass wir die Glaubensfreiheit in unserem Land schützen. Wir haben auch aus der Situation gelernt, die damals ihre Berechtigung hatte, wie wir in diesem Jahr das Osterfest begangen haben. Ich sage das ganz bewusst emotional und persönlich: Das hätte ich mir vorher nie vorstellen können.

Es gibt den klaren Willen auf Bundesebene wie in allen Ländern, dass wir alles dafür tun wollen, dass Weihnachten auch in dieser Hinsicht in diesem Jahr anders stattfinden kann als das Osterfest und diejenigen, die das wollen, in der Tat auch Gottes-

dienste an Weihnachten besuchen können. Das ist für die Glaubensfreiheit entscheidend.

Es ist schade, wenn kein Weihnachtsmarkt stattfindet, aber das ist nicht der Kern des Weihnachtsfestes. Der Kern des Weihnachtsfestes ist es, dass Menschen ihren Glauben leben können und viele dazu einen Gottesdienst in einer Kirche besuchen wollen. Wir wollen alles dafür tun, dass das in diesem Jahr möglich ist und das Weihnachtsfest so stattfinden kann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zum Dritten schützen wir eben auch die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit. Wir verzichten auf viele Feierlichkeiten; vieles ist unterbunden worden. Auch der Staat und die politischen Parteien verzichten auf viele Veranstaltungen, die durchaus möglich wären, bei denen es aber klüger ist, sie jetzt nicht durchzuführen.

Wir ermöglichen es trotzdem jedes Wochenende aus Respekt vor der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, dass Demonstrationen natürlich auch gegen die Regierung stattfinden, dass Querdenker mit unterschiedlichsten Mentalitäten unterwegs sind und bei Demonstrationen unterschiedlichste Ziele verfolgt werden. Sie müssen sich aber an die Spielregeln halten, dass man Abstände einhält und Masken tragen muss, wenn man anderen näherkommt.

Sie dürfen aber ihre Meinung sagen, was anders als hier und da behauptet nicht infrage gestellt wird, sondern es darf stattfinden – allerdings so, wie es im Grundgesetz steht: friedlich und ohne Waffen. Wer aber von vornherein unterwegs ist, um Krawall zu machen, genießt in unserem Land eben keine Versammlungsfreiheit; das steht seit jeher im Grundgesetz.

Ich erlaube mir aber auch zu sagen: Das eine ist es zu erlauben, dass Querdenker so unterwegs sind. Das andere ist, dass es umgekehrt auch allen Andersdenkenden er-

laubt ist, ihre Meinung dazu zu sagen. Sehr vieles von dem, was Querdenker sagen, ist leider einfach Falschdenken, ist falsch gedacht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das will ich nur anhand eines einzigen Beispiels verdeutlichen, wenn es um das Maskentragen geht. An dem Beispiel wird deutlich, dass ein Großteil der Querdenker ein Freiheitsverständnis verbreitet, das letztlich rücksichtslosen Egoismus bedeutet. Das ist nicht die Freiheit, für die unser Grundgesetz steht. Wir haben eine freiheitliche Verfassung, aber auch eine Freiheit, die letztlich immer davon spricht, dass es um das Zusammenleben und genauso immer auch um die Würde des anderen Menschen geht, die zu respektieren ist.

Ein simples Beispiel: Wer nur davon redet, dass er diese Maske nicht tragen will, und nicht davon spricht, dass diese Maske nicht nur zum eigenen Schutz getragen wird, sondern dass mit Masken gerade die Gesundheit anderer geschützt werden soll, so dass ich diese Maske trage, damit ich andere nicht anstecke, weil ich im Moment vielleicht schon infiziert bin und nichts davon weiß, negiert den Aspekt des Schutzes anderer völlig.

Daran zeigt sich, dass viele Querdenker letztlich – ich sage es noch einmal – mit einem rücksichtslosen Egoismus unterwegs sind. Das hat mit unserem Grundwerteverständnis nichts zu tun; deshalb müssen wir uns dem entgegenstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Staatsminister Joachim Herrmann. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

(Zurufe)

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich Ihnen bekannt, dass Tagesordnungspunkt 2 d, "Erste Lesung zum Gesetzentwurf der AfD-Fraktion zur Än-

derung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes", Drucksache 18/10924, entfällt. Der Gesetzentwurf wurde von der AfD-Fraktion zurückgezogen.